

Der Irankrieg hat nicht nur zu einer Energiekrise geführt. Er weckt auch die Sorgen vor einer Schuldenkrise, weil der Anstieg der Anleihezinsen die Staatshaushalte belastet. In Deutschland stieg die Rendite für zehnjährige Bundesanleihen, die der Staat seinen Gläubigern zahlen muss, von 2,66 Prozent Ende Februar auf 3,06 Prozent am Montagmorgen, ein Plus von 15 Prozent. In anderen europäischen Ländern und den USA gingen die Anleiherenditen ebenfalls nach oben. Als Donald Trump am Montag seine Drohung, alle Kraftwerke in Iran zu zerstören, vorerst zurücknahm, fiel die Rendite zwar wieder. Auch an den anderen Märkten entspannte sich die Lage etwas. Doch die Unsicherheit darüber, wie es weitergeht, bleibt groß.

Von Julia Löhr, Berlin,
Manfred Schäfers, Berlin,
und Niklas Záboji, Paris

In der Koalition wird das Geschehen an den Märkten aufmerksam verfolgt. „Die negative Entwicklung an den Finanzmärkten ist keine Petitesse. Es ist vielmehr ein Warnschuss“, sagte der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Christian Haase, der F.A.Z. Mit Blick auf die Arbeit der Schuldenbremsenkommission stellte der CDU-Politiker infrage, ob ein weiteres Aufweichen mit dem Ziel noch höherer Schulden und damit höherer Zinskosten der richtige Weg sei. „Ich spreche mich für eine harte Schuldenbremse aus.“ Dies könne zu einer Beruhigung der Finanzmärkte beitragen.

Das Bundesfinanzministerium von Lars Klingbeil (SPD) sieht bisher wenig Anlass zur Sorge. Dass kreditfinanzierte Staatsausgaben wie das Sondervermögen für die Infrastruktur und die Verteidigungsoffensive zu Zinszahlungen in den Folgejahren führten, werde im Rahmen der Haushaltsverhandlungen berücksichtigt, sagte eine Sprecherin. Für den nächsten Finanzplan würden die dann aktuellsten Marktdaten verwendet. Wenn sich die militärische Lage am Golf entspanne, werde sich auch die Lage an den Finanzmärkten entspannen, betonte Jens Südekum, wirtschaftspolitischer Berater von Klingbeil. „Höhere Investitionen in Verteidigung und Infrastruktur bleiben der richtige Kurs. Die Krise hat nochmals eindeutig gezeigt, wie hoch die ökonomischen Risiken sind, die sich aus der Abhängigkeit von fossilen Energieimporten ergeben.“ Der Investitionskurs solle wegen der aktuellen Energiekrise nicht überdacht, „sondern eher noch beschleunigt werden“.

Der Bund will sich dieses Jahr netto mit gut 180 Milliarden Euro neu verschulden. Hinzu kommt der Ersatz fälliger Anleihen durch neue Papiere. Insgesamt will der Bund daher 512 Milliarden Euro an frischen Staatstiteln auf dem Markt absetzen. Friedrich Heinemann vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung bezifferte die Folgen eines Renditeniveaus von mehr als drei Prozent: „Rechnerisch belastet dieser Anstieg den Bund auf Jahresfrist somit mit überschaubaren 1,5 Milliarden Euro.“ Das sei kurzfristig gut verkraftbar. „Dennoch ist der Anstieg der Renditen brisant“, warnte Heinemann. Früher hätten Bundesanleihen als sichere

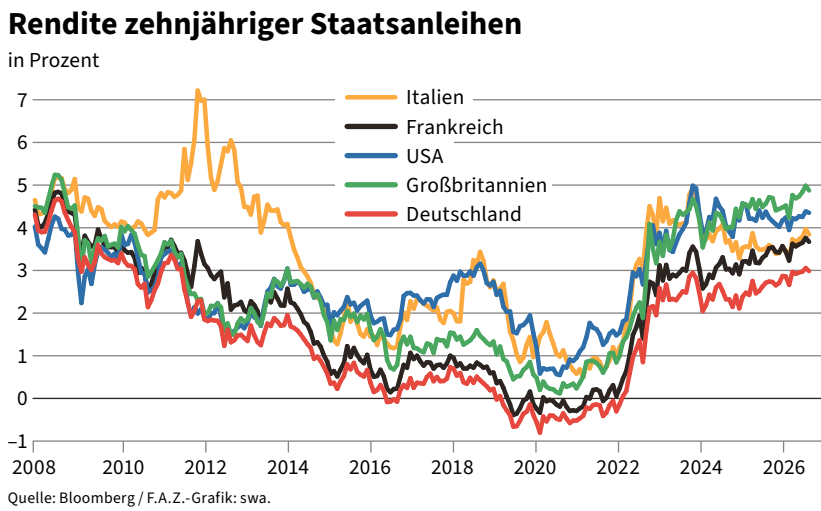


Die dritte Krise der Zwanzigerjahre: Israelischer Soldat und Rakete

Foto dpa

Der Irankrieg trifft Europas Staatsfinanzen

Die gestiegenen Anleihezinsen werden für Staaten zur Belastung. Das betrifft hoch verschuldete Länder wie Frankreich besonders, aber auch Deutschland. Was bedeutet das für die Zukunft der Schuldenbremse?



Ende der kostenlosen Partnerversicherung rückt näher

Spekulation um Krankenkassenreform / Auch Grüne wollen Beiträge für Ehegatten

BERLIN. Die Wahlausgänge in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie die herausziehenden Energie- und Preiskrisen setzen die Bundesregierung unter Druck. Viele Bürger vermissen bei ihr die Kraft, die nationalen und internationalen Belastungen abzuwenden. Besonders heikel ist die Lage der SPD, die sich immer stärker marginalisiert sieht. Noch ist unklar, ob sie weiter nach links schwenkt und mehr Umverteilung, höhere Steuern und Abgaben fordert, oder ob sie zu Sozialreformen nach dem Vorbild der „Agenda 2010“ ihres früheren Kanzlers Gerhard Schröder bereit ist.

Falls ja, sind die kommenden Monate entscheidend, in denen verschiedene Regierungskommissionen Vorschläge unterbreiten und erste Gesetzentwürfe kommen sollen. Das betrifft die Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung. Noch in dieser Woche schließt die Finanzkommission Gesundheit ihre Beratungen ab und will Gesundheitsministerin Nina Warken (CDU) erste Empfehlungen unterbreiten. Die offizielle Vorstellung ist für Montag in Berlin geplant. Es geht um die Sanierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Für 2027 befürchten die Kassen ein Defizit von fast zwölf Milliarden Euro. Da die Koalition aus Union und SPD verspricht, die Beitragsätze nicht noch weiter anzuheben, werden umfangreiche Sparvorschläge erwartet. Dagegen aber wehren sich die Gesundheitsberufe.

Am Montag blieben aus Protest viele Apotheken geschlossen, weil nach Ansicht der Pharmazeuten Warnens Reformen in die falsche Richtung zielen. Die letzte Honorarerhöhung habe es vor 13 Jahren gegeben, während die Betriebskosten um fast zwei Drittel zugelegt hätten, begründete der Apothekerverband ABDA die Arbeitsniederlegung. Die Kassen bestreiten das. „Es ist eine Mär, dass die Vergütung der Apotheken seit 2013 stagniert“, teilt der GKV-Spitzenverband mit. Zwischen 2013 und 2024 seien die Honorare um 26 Prozent auf rund 7,1 Milliarden Euro im Jahr gewachsen.

Ein wichtiges Instrument, um die GKV-Ausgaben in den Griff zu bekommen, könnte die Aufgabe der beitragsfreien Mitversicherung von Familienangehörigen sein. Am Montag berichtete das „Handelsblatt“, die Koalition wolle „die kostenlose Mitversicherung für Ehepartner offenbar abschaffen“. Selbst wer nichts oder wenig verdiene, müsse künftig mindestens 200 Euro im Monat in die GKV und 25 Euro in die Pflegeversicherung einzahlen. Ausnahmen gebe es für Elternteile mit Kindern unter sechs Jahren sowie für Personen, die Angehörige pflegten.

Die Mitversicherung von Kindern werde nicht angetastet. Die Zeitung beruft sich auf Koalitionskreise, Warnens Haus aber wiegelte ab: Es gebe bisher keine festen Pläne in dieser Richtung, zunächst gelte es, die Kommissionsvorschläge abzu-

warten. Die Berichte seien lediglich „Maßnahmen und verschiedene Berechnungen, die in den Raum gestellt werden“.

Allerdings hatte Warken schon in der F.A.Z. angedeutet, sie könnte sich ein Abspecken der Familienversicherung vorstellen. „Ich teile das Ziel, Anreize zu setzen, damit vor allem mehr Frauen einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgehen, auch für die Altersvorsorge“, hatte sie gesagt. „Die Familienversicherung zu reformieren, wäre ein Paradigmenwechsel, das müsste aber sozialverträglich passieren.“ Die Sozialverträglichkeit, die sie anspricht, könnte genau darin liegen, besonders belastete Gruppen von der Beitragspflicht auszunehmen.

Nach Angaben des Kassenverbands gibt es in Deutschland 75,3 Millionen gesetzlich Versicherte. Darunter sind fast ein Fünftel oder 15,7 Millionen beitragsfrei mitversicherte Angehörige; die meisten sind Kinder. Rund 2,5 Millionen aber sind Ehegatten oder Lebenspartner. Müssten diese 200 Euro im Monat einzahlen, kämen im Jahr rechnerisch sechs Milliarden Euro zusammen. Das sind allerdings nicht einmal zwei Prozent aller Beitragseinnahmen, zumal Partner mit kleinen Kindern und pflegebedürftigen Verwandten nicht zahlen sollen. Auch der Arbeitgeberverband BDA fordert eine Beitragspflicht für bisher kostenfrei mitversicherte Ehegatten bei weiterhin beitragsfreier Mitgliedschaft während der Elternzeit. Seinen

Hafen gegolten und bei Kriegen eher von Kursgewinnen profitiert, sodass die Renditen fielen. „Dies gilt nicht länger.“ Der Ökonom geht davon aus, dass die deutsche Staatsschuld durch das Sondervermögen und die schuldenfinanzierten Verteidigungsausgaben kräftig steigen wird. Die Zinskosten von Bund, Ländern und Gemeinden könnten in zehn Jahren auf 120 bis 150 Milliarden Euro im Jahr zulegen. Aktuell taxiert Heinemann sie auf etwa 50 Milliarden Euro.

Auch Moritz Schularick, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, hält die Kombination aus niedrigerem Wirtschaftswachstum und höheren Zinsen für problematisch. Er warnt allerdings davor, künftige Zinsausgaben zum Nominalwert mit den aktuellen Werten zu vergleichen, da die Einnahmen des Staates mit der Inflation ebenfalls nominal stiegen. „Es kommt auf die reale Zinskostenlast an.“ Bislang sehe er diesbezüglich keine größeren Verschiebungen. „Aber es bleibt natürlich das Risiko, dass hier mehr als ein Inflationsausgleich eingepreist wird.“

Stefan Kolev, der zum Beraterkreis von Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) gehört, nannte die Entwicklung der Anleihezinsen besorgniserregend – das gelte aber nicht erst seit dem Ranschok. „Bereits im vergangenen Jahr gab es nennenswerte Anstiege der geforderten Zinsen bei Bundesanleihen. Das ist für Deutschland teuer, für andere Länder in der Eurozone wie Frankreich unter Umständen existenziell“, warnte Kolev. Für diese Länder wirkten die höheren deutschen Zinssätze wie eine Art Sockel. In Frankreich bestche „das Risiko einer großen fiskalischen Krise“. Die seit der Lockerung der Schuldenbremse in Deutschland gestiegenen Zinsen sind für Kolev Ausdruck erster Zweifel an der Tragfähigkeit der hiesigen Verschuldung. Für ihn ist eine Konsolidierung der Staatsfinanzen deshalb essenziell.

In stark verschuldeten Ländern wie Italien und Frankreich ging es in den vergangenen Wochen mit den Zinsen für Staatsanleihen besonders rasant nach oben. Das zeigt der Risikoaufschlag im Vergleich zur zehnjährigen Bundesanleihe. Dieser sogenannte „Spread“ ist zuletzt deutlich gestiegen. Bei zehnjährigen französischen Anleihen beträgt er inzwischen knapp 80, bei italienischen Anleihen mehr als 100 Basispunkte. Vor Kriegsbeginn waren es jeweils rund 60 Punkte. In Frankreich übersprang die Rendite für zehnjährige Anleihen am Montag die Marke von 3,8 Prozent. Das war zuletzt nach Ausbruch der Finanzkrise im Juli 2009 und selbst während der Eurokrise nicht der Fall. Frankreichs ohnehin angespannte Haushaltslage dürfte sich weiter verschärfen, warnte Frankreichs Arbeitgeberchef Patrick Martin vergangene Woche in der F.A.Z. Es könnte zu „systemischen Kettenreaktionen kommen“.

Mit 5,4 Prozent der Wirtschaftsleistung hatte Frankreich vergangenes Jahr die höchste Neuverschuldung der Eurozone. Substanzuelle Ausgabenkürzungen konnte die Minderheitsregierung in Paris nicht auf den Weg bringen. Dabei hatte Frankreichs Notenbankgouverneur François Villeroy de Galhau schon vor dem Krieg gewarnt, dass die Zinskosten im Haushalt innerhalb dieses Jahrzehnts von anfangs 30 auf mehr als 100 Milliarden Euro steigen könnten.

Rechnungen zufolge erbrachte das 2,8 Milliarden Euro im Jahr.

Solche Summen reichen nicht aus, wären aber ein Anfang. Unterstützung erhalten die Ideen von unerwarteter Seite: aus der Opposition. Wenn man es richtig anstelle, ließe sich das Erwerbspotential von Frauen um 800.000 Vollzeitäquivalente steigern, sagt die grüne Bundestagsabgeordnete Linda Heitmann. Ihre Fraktion beschäftigt sich mit der Frage, was einer höheren Frauenerwerbstätigkeit entgegenstehe. „Die derzeitige Regelung zur beitragsfreien Mitversicherung von Ehepartnern ist ein solches Hemmnis, weshalb wir hier klaren Reformbedarf sehen“, sagte Heitmann der F.A.Z.

Sie will, dass alle Partner eigenständig und nicht über andere mitversichert sind. Das bedeutet für Heitmann aber nicht, dass auch alle aus eigener Tasche Beiträge entrichten. „Wer in Vollzeit ‚Care-Arbeit‘ leistet, sich also um Kinder oder pflegebedürftige Angehörige kümmert, sollte in dieser Zeit eigenständig beitragsfrei weiter krankenzusicher sein“, sagt die Gesundheitspolitikerin. Für diesen Personenkreis gäbe es dann ein eigenes unentgeltliches Versicherungsverhältnis jenseits der Partner. Der Gesundheitsökonom Boris Augurkzky sagt: „Wir brauchen Kostensenkungen, nicht weitere Belastungen der Beitragszahler.“ Es gelte, „die Ineffizienzen im System zu reduzieren, statt sie mit weiterem Geld zuzuschütten.“ itz.



Zwangsehe auch in Mainz

Von Bernd Freytag

Die Rheinland-Pfälzer haben nicht den Wechsel gewählt, sondern den Protest. Wahlgewinner ist nur auf den ersten Blick die CDU, die trotz Zugewinnen weit hinter alten Werten geblieben ist, sondern die AfD, die ihren Stimmenanteil mehr als verdoppelt hat und mit 19,5 Prozent so stark ist wie sonst nirgendwo in einem westlichen Flächenland. Dass die SPD abgewählt wurde, kann nach mehr als 30 Jahren nicht verwundern, die Verfilzungerscheinungen tun Partei und Land nicht gut. Immerhin hat Alexander Schweitzer rund doppelt so viele Stimmen geholt, wie der Bundes-SPD in Umfragen noch zugestanden werden. Die Linken haben den Einzugs verpasst, genauso wie die Freien Wähler und auch die FDP.

Wie in Baden-Württemberg sind nun zwei „Große“ zur Zwangsehe verdammt, wollen sie die AfD aus der Regierung halten. Dieser Zwang zum Konsens wird auf Dauer nicht gut gehen und lässt Stillstand befürchten. Gerade jetzt, wo Reformen gefragt sind, ist die Politik gelähmt. Das gilt auch für Berlin: Um den Verfall aufzuhalten, wird die SPD auf ihr eige-

nes Profil drängen, der CDU weitere Kompromisse abverlangen. Parteien im Abwehrkampf werden ihren Wählern nichts zumuten, was wehtut.

Dass die CDU die SPD in Mainz auf Abstand gehalten hat, dürfte an der Bildungspolitik liegen, mit der viele Rheinland-Pfälzer nicht einverstanden sind. Berichte über Schüler in Ludwigshafen, die kaum Deutsch sprechen und selbst nach der Grundschule ihren Namen nicht schreiben können, zeigen Wirkung. Mehr Pädagogen durch bessere Bezahlung zu locken, ist der Stadt als „freiwillige Leistung“ untersagt, weil ihr Haushalt unter Kommunalaufsicht steht. In dem ländlich geprägten Land sind besonders viele Kommunen finanziell am Ende. Die Schuldenübernahme durch das Land ist kaum mehr als buchhalterischer Trick, weil die Kommunen weiter zahlen müssen: für Schulen und Straßen und auch für Geflüchtete. Und ebendas können sie nicht mehr.

Die Landespolitik ist überfordert, nicht nur in Mainz. Was es braucht, sind Reformen im Bund. Die werden aber nach der Wahl in Rheinland-Pfalz nicht wahrscheinlicher.

Der Niedergang der SPD

Von Gerald Braunberger

Nach der Demoskopie hat in Rheinland-Pfalz das Interesse der Wähler gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl vor allem auf drei Feldern zugenommen: der Wirtschaft, der Sicherheit und der Migration. Wirtschaft und Migration sind schon seit Langem keine Themen, die der SPD Wähler zuführen. Bei der Sicherheit ist der Eindruck zwiespalten: Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius deckt die äußere Sicherheit für seine Partei aus der Sicht vieler Wähler glaubwürdig ab, aber wegen der inneren Sicherheit wählen die Menschen eher nicht die Sozialdemokraten.

Wer die Fühlung zu den arbeitenden Menschen (und ihren Angehörigen) verliert, ist dabei, dieses Land zu verlieren. Arbeitnehmer wissen besser als sozialdemokratische Funktionäre, wie sehr sichere Arbeitsplätze günstige wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und profitable, international wettbewerbsfähige Unternehmen erfordern, nicht aber verstaubte Klassenkampfsprüche à la Bärbel Bas. Viele Arbeitnehmer, und dies gilt besonders für Industriearbeiter, sind wertkonservative Menschen, für die innere Sicherheit zu den Kernaufgaben eines Staates zählt.

Arbeitnehmer wissen in der Regel auch um den Wert von Kompetenz in einer kompetitiven Welt: Die SPD hat mit Jörg Kukies einen Mann in ihren Reihen, der das Bundesfinanzministerium kompetent hätte leiten können. Stattdessen fühlte sich aus Machtgründen mit Lars Klingbeil ein Novize berufen, unter dessen Leitung nun unter anderem die Gelder aus dem Sondervermögen für Infrastruktur zum großen Teil sachfremd ausgegeben werden.

Wer soll sich darüber wundern, wenn immer mehr Wähler mit dieser SPD nichts mehr anfangen können? Ihre Wähler hat sie am Sonntag in Rheinland-Pfalz überwiegend an die CDU (die mit dem zweit-schlechtesten Ergebnis seit 1949 einen Wahlsieg einfuhr) und an die AfD verloren, aber kaum an Grüne oder Linkspartei. Die Leiden der SPD begannen allerdings lange vor den Ko-Parteivorsitzenden Bas und Klingbeil. Sie wurden vorübergehend kaschiert durch den Wahlsieg Olaf Scholz' im Jahre 2021 im Bund – errungen von einem eher „rechten“ Sozialdemokraten mit einer gelungenen Wahlkampagne gegen einen überforderten CDU-Kanzlerkandidaten, der in der Hochphase des Wahlkampfs von einem illoyalen CSU-Parteivorsitzenden öffentlich brüskiert wurde. Die AfD gewinnt seit Jahren durch Zuschauern bei der Selbstdemontage der etab-

lierten Parteien – die offenkundig moribunde FDP eingeschlossen. Solange die Etablierten aus dieser fatalen Entwicklung keine Schlüsse ziehen, dürfte sich der Aufschwung der AfD an der Wahlurne fortsetzen.

Die Politik tut sich immer noch schwer mit den Folgen von digitaler Revolution, geopolitischen und weltwirtschaftlichen Veränderungen sowie dem demographischen Wandel für das Land. Eine Mehrheit der Menschen akzeptiert längst die Notwendigkeit von Wandel und Reformen. Auch die SPD konnte sich in der Vergangenheit an eine sich wandelnde Welt anpassen. Vor fast 70 Jahren

Die SPD besitzt nur eine Chance im Wandel zu einer Reformpartei mit ökonomischer Expertise.

akzeptierte sie in ihrem Godesberger Programm die Soziale Marktwirtschaft, und zu Beginn des Jahrtausends orchestrierte sie mit der Agenda 2010 die weitreichendsten Wirtschaftsreformen der vergangenen Jahrzehnte. Am darauffolgenden Niedergang der Partei war nicht die Agenda 2010 schuld, sondern ihre Verächtlichmachung durch eigene Leute in Partei und Gewerkschaften.

In der Ära Merkel schienen sich die Sozialdemokraten wieder zu fangen, unterstützt durch die Neigung der Bundeskanzlerin, sich für sozialdemokratische Themen zu öffnen. In der Spätphase dieser Ära wurde Hubertus Heil zum Gesicht sozialdemokratischer Sozialpolitik. Die Partei distanzierte sich immer auffälliger von ihren Agenda-Reformen; gleichzeitig wurde sie immer mehr zu einer Partei der Transferempfänger, der Staatsverschuldung als Allzweckwaffe und einer interventionistischen Wirtschaftspolitik.

Die Ära Merkel ist vorüber. Es scheint, als seien viele Menschen in der Akzeptanz notwendiger Veränderungen heute weiter als eine SPD, die nach diversen Wahlniederlagen ihr Selbstbewusstsein verloren hat. Eine SPD, die ihren Niedergang aufhalten möchte, besitzt keine Alternative zu einem ernsthaften Versuch, wieder eine Reformpartei mit Verständnis für das reale Leben in der Privatwirtschaft zu werden. Dieser Versuch kann scheitern, was nicht zuletzt die Union bange auf ihren Koalitionspartner blicken lässt. Aber in einer Demokratie hat das letzte Wort der Wähler, der mit großer Klarheit der SPD zuruft: So geht es nicht weiter.

Verschuldungsinstrumente haben es verschuldeten Ländern erleichtert, Schulden zu machen.

Die durch Immigration wachsende britische Bevölkerung braucht Platz, die Bautätigkeit lahm.

Deutschland versorgt sich über Schiffe. Der Reederverband hat eine Idee zur Absicherung.